

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

18.3.1849 (No. 66)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. März.

N. 66.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 16. März. Sind Sie für Preußen oder für Oesterreich? ... So wird die Frage gewöhnlich gestellt, und in dieser Fragestellung drückt sich die ganze Schiefeit aus, welche in den Parteilagen selber liegt. Daß der Eintritt Preußens den von Oesterreich, und hinwiederum der Eintritt Oesterreichs den von Preußen ausschließt, wird dabei stillschweigend vorausgesetzt; aber woher kommt der Ausschluß? Daher, daß die Oesterreicher eben Oesterreicher, und die Preußen eben Preußen sind, d. h. daß bei Beiden das Deutschthum erst hindereinkommt. Ist Das etwas Anderes, als Partikularismus? Stellt ihr Preußen an die Spitze, so will es eine starke Zentralgewalt; stellt ihr es nicht an die Spitze, so läßt es nur eine Schwache zu. Ganz eben so verhält sich die Sache mit Oesterreich. Und wohl-gemerkt, dabei handelt es sich nicht um die Fürstenthümer, nicht um Habsburg oder Hohenzollern, nicht um eine dynastische oder Kabinettpolitik, sondern um die betreffenden Völkerschaften, um die Stimmung in Volk und Heer, um den Vorrang des preussischen oder des oesterreichischen Namens, getragen von der Staatsbevölkerung. Eine Kabinettpolitik ohne das Volk würde heutzutage keine großen Sprünge machen; aber der Umstand ist der, daß die Eifersucht der Kronen von den Völkern geteilt wird, ja, daß sie bei letzteren vielleicht weiter geht, als bei den Fürsten. Daß die Armee dabei mit zum Volke gerechnet ist, und auch ihrerseits eine öffentliche Meinung hat, welche ein Gewicht in die Waagschale legt, versteht sich von selber.

So liegt das Verhältnis mit Preußen und Oesterreich. Nicht als ob die Uebrigen anders wären; sie folgen ähnlichen Antrieben, nur in kleinerem Maßstabe. Wer hinter die Kulissen sieht, wird hier überall zur Genüge landsmannschaftliche Elemente walten sehen, und wo diese nicht zur Spaltung ausreichen, taucht das alte Erbfeind Deutschland hervor, der Gegenstand konfessioneller Färbungen, dieser noch immer unvergohrene Sauerteig, der auch solchen Fragen, wo er nur maskirt zu Grunde liegt, seine freßende Schärfe mittheilt. Nur die Republikaner etwa, als welche kurzweg Alles negiren, haben sich scheinbar von dem Vorurtheil der Konfessionen frei erhalten; allein für die Einigung Deutschlands sind diese Republikaner von vorn herein bloß ein Hinderniß weiter, aus dem einfachen Grunde, weil ihnen das „Prinzip“ der Republik über das Nationalinteresse, auch über das der Einheit geht. Die Partei hat offen erklärt, es liege ihr Nichts daran, wenn die Reichsversammlung kein Deutschland zu Stande bringe; — „im Gegentheil“ ... setze der naive Vogt abbrechend hinzu. Ihr ist es lediglich um Republikanismus zu thun; sie will einen „Präsidenten“ oder vierhundert „Präsidenten“ in Deutschland, gleichviel; der „Präsident“ ist ihre fixe Idee, und wie ein Kind, das nun einmal seinen Kopf darauf gesetzt hätte, auf die Weihnachtsbescherung einen Nupfnader haben zu wollen, sofort für alles Andere blind und taub wird, so ist auch hier jede Hoffnung verloren, auf die beliebigen Fragen der Welt eine andere Antwort zu bekommen, als: „ich will eben einen Präsidenten!“ Diesen Leuten ist Nichts recht, als ihr Nupfnader. In der letzten Zeit haben sie sich gegen Preußen aufgethan, weil Preußen die Aussicht auf das Oberhaupt hatte; wenn es sich morgen um die Aussicht handelt, Oesterreich an die Spitze zu stellen, so werden sie in derselben Weise gegen Oesterreich seyn.

Auf solche Art sind die Republikaner freilich weder Preußen noch Oesterreicher, weder Katholiken noch Protestanten, aber sie sind auch nicht deutsch, wie sie denn auch die auswärtigen Feinde deutscher Interessen, die Polen, Italiener, Magyaren, der Reihe nach mit ihren Sympathien eingeräuchert haben.

Wo ist denn nun die deutsche Partei? Scheiden wir die republikanische als undeutsch aus, so haben wir in diesem Augenblicke thatsächlich nur zwischen einer oesterreichischen und einer preussischen zu wählen. Aber ist es nicht ein kurioses Ding, daß schon die Benennungen mehr einen Partikularismus, als die Aufgabe der Einigung ausdrücken? Um die Wahrheit zu sagen, es hat mich immer höchst seltsam angemuthet, wenn ich gefragt ward, ob ich zu Preußen oder zu Oesterreich halte. Eine deutsche Richtung, dünkt mir, hatte das eine wie das andere Stichwort zu vermeiden und dafür das naheliegende Interesse zu verfolgen, welches die Entscheidung der Wahl weder oesterreichisch noch preussisch färbte: — nämlich erst zu sehen, wie viel Oesterreich, wie viel Preußen der deutschen Einheit zu gewahren vermöge, und wie viel zu gewahren geneigt sey. Offenbar mußte diese Frage dem Fall eintretender Wahl zwischen Beiden vorgehen, und sie mußte durch Preußen und Oesterreich selbst, nicht durch beliebige Vermuthungen oder Voraussetzungen Anderer beantwortet werden. So aber haben wir eine preussische und eine oesterreichische Partei gehabt, lang ehe Jemand zu sagen wußte, was Preußen dem Deutschthum bieten wolle, was Oesterreich dem Deutschthum bieten wolle und könne, und im Grunde wissen wir auch jetzt noch nichts Rechtes darüber. Das heißt doch schlechtweg, wie das alte Sprichwort sagt, „die Ragen im Sack kaufen.“ Ist Das eine Grundlage, um eine Wahl zu treffen, welche die deutsche Nation in zwei

Stücke zerschneidet? Und welche Rolle spielt die deutsche Reichsversammlung vor den Augen Europa's, wenn sie sich unbesehener Weise heute für einen preussischen, morgen für einen oesterreichischen Kaiser in Enthusiasmus versetzt, und am Ende von Beiden einen Korb davon trägt?

Mit andern Worten, wir haben uns seither um Dinge gestritten, welche lediglich in unserer Voraussetzung, nicht in der Wirklichkeit bestanden, und um dieser nicht bestehenden Dinge willen ist so viel Haß und Feindschaft ausgesät worden, daß die erstrebte Einheit Deutschlands an einem schwächeren Faden hängt, als je, und daß es vielleicht schon zum Bürgerkriege gekommen wäre, wenn die erbizigsten Parteiführer zugleich über Armeen zu verfügen hätten. So hat sich eine Partei nach der andern in eine Sackgasse verrannt, aus der sie keinen Rückweg findet, und doch muß ein Rückweg zur Ausgleichung gefunden werden, wenn dieser verfassunggebende Reichstag nicht wie das Hornberger Schießen zu Ende gehen soll. Der alte Jahn hat diese Gefahr im Auge gehabt, als er den Vorschlag machte, die Versammlung möge sich lieber trennen und eine neue mit frischen Kräften das große Werk von vornem anfangen lassen; allein mich dünkt, es ist nur allzuviel Zeit schon verloren gegangen, und „Ebbe und Fluth“, auch in politischer Beziehung, „warten auf Niemand.“ Meines Erachtens liegt der Grundfehler, welcher alle diese Schwierigkeiten aufstürzte, darin, daß man noch immer grundsätzlich die „Vereinbarung“ von sich weist, nachdem man längst die Macht verloren hat, ihrer entbehren zu können. Ueber eine Vereinbarung kann ich mich hinwegsetzen, wenn ich die Macht besitze, sie nöthigenfalls zu erzwingen; besitze ich aber diese Macht nicht, so ist das Verwerfen der Vereinbarung eine hohe Nebenart, welche die Schwierigkeiten läßt, wie sie sind, und mich um keinen Schritt vorwärts bringt, wohl aber noch weiteren Zeitverlust kostet. Ob vor 6, oder vor 8, oder vor 10 Monaten die Reichsversammlung noch die Macht hatte, sich einer Vereinbarung entschlagen zu können, ist jetzt eine müßige Frage; daß sie heute diese Macht nicht mehr besitzt, daß sie weder Preußen noch Oesterreich, ja daß sie nicht einmal Bayern oder einen der mittleren Einzelstaaten zu etwas zwingen kann, was diesen Staaten nicht genehm wäre, darüber macht man sich wohl keine Illusionen mehr. Die Macht der größeren Staaten, auf ihre Armeen gestützt, ist eine Thatsache, die man nicht mit Nebenarten über den Haufen wirft; über die Anträge der Linken, welche vor einigen Monaten Radegky, Wrangel, und Windisch-Grätz von Reichs wegen festgenommen und gefangen nach Frankfurt geschleppt wissen wollten, hat die Welt ohnehin schon damals gelächelt. Eben so wenig wird den Augen der zuschauenden Welt entgangen seyn, daß die Reichsversammlung, während sie den „Grundsatz“ des Vereinbarens ablehnt, bereits in der vollen Vereinbarung begriffen ist; der Unterschied ist nur der, daß sie erst ihre Beschlässe faßt, noch ehe sie wissen kann, wie viel davon ausführbar oder unausführbar seyn wird, und daß alsdann die verpönte Vereinbarung, in den fast gleichbedeutenden Namen einer „Vereinbarung“ umgetauscht, als ein hinführendes Hintereinkommen, um jene Beschlässe wieder zurückzunehmen zu lassen. Nun liegt aber auf der Hand, daß der natürliche Gang der Dinge gerade der umgekehrte seyn müßte: anstatt Beschlässe zu fassen, die man nachher wieder bei Seite legen soll, wäre es einleuchtend zweckmäßiger, auch der Würde und dem Ansehen der Reichsversammlung angemessener, erst nach dem thatsächlichen Stande der Verhältnisse zu fragen, deren Einfluß man doch nicht zu umgehen vermag, und erst auf die Kenntniß derselben die Beschlässe zu fassen, die man bisher nur in die blaue Luft hinaus zu bauen schien. Mit einm Worte, der Grundsatz der Nichtvereinbarung ist bei dem jetzigen Stande der Dinge nicht bloß zu einer kläglichen Finte geworden, mit der man keinen Menschen mehr täuscht, sondern er ist auch ein direktes und wesentliches Hinderniß alles Weiterkommens, und schließt, um bei dem oben gebrauchten Bilde zu bleiben, gleichsam die Nothigung in sich, „die Ragen im Sack zu kaufen.“

Wenn man im August oder September v. J. bei Preußen und Oesterreich angefragt hätte, was für das Ziel der Einigung Deutschlands von ihrer Seite zu erwarten oder nicht zu erwarten sey, man würde in mancher Beziehung eine andere und bessere Antwort erhalten haben, als im Februar und März des laufenden Jahres; jedenfalls aber hätte man dann wenigstens gewußt, zwischen was man so eigentlich zu wählen habe, während jetzt dieser Punkt noch immer im Dunkeln schwebt. Es ist auch heute noch nicht zu spät, sich darüber Klarheit zu verschaffen. Bis daher hat der Eine mehr von Preußen, der Andere mehr von Oesterreich für deutsche Einheit gehofft; aber Thatsachen, auf welche sich die eine oder die andere Hoffnung stützen sollte, liegen lediglich keine vor. Von Oesterreich haben wir lange Nichts gesehen, als daß es sich fernab hielt, und dem Anschein nach Zeit zu gewinnen suchte, bis es mit sich selber im Reinen sey; auch sind seine neuesten Vorschläge dunkel genug gehalten, um die verschiedenartige Auslegung zuzulassen. Von Preußen wissen wir einstweilen nur so viel, daß es am 6. August den Reichsverweser ignorirte, als ob es in Australien läge, daß es bei dem Waffenstillstande von Malmö sowohl die Zentralge-

walt als die Nationalversammlung dem Ausland als eine politische Null vorwies, um die man sich nicht zu kümmern brauche, und daß der neue Bund, den es in der mit 27 andern Regierungen gemeinschaftlichen Note anempfiehlt, sich zwar einen „Bundesstaat“ nennt, aber so wenig ein Bundesstaat ist, als Fürst Metternich ein Liberaler war. Nun höre ich zwar die preussische Partei versichern, daß Preußen alles Mögliche und noch Etwas darüber für die deutsche Einheit thun werde, sofern man es nur an die Spitze stelle; nicht minder schöne Dinge, wenn auch vielleicht weniger überschwänglich im Ausdruck, höre ich von Seiten der oesterreichischen Partei zu Gunsten Oesterreichs. Allein da bis jetzt weder die eine noch die andere Versicherung mit den klar vorliegenden Thatsachen übereinstimmt, so ist meine schlichte Ansicht davon die, daß diese Zusicherungen nur dann einen Werth anzusprechen haben würden, wenn sie von Preußen und Oesterreich selbst, und zwar als offene Erklärungen ausgingen. Der Grundsatz der Nichtvereinbarung hat Dies bisher verhindert: — man muß ihn abschaffen, wenn man vorwärts kommen will. Ich bin weder ein Oesterreicher noch ein Preuze, sondern ein Deutscher. Da nun die Stimmen, welche für Preußen werben, selber erklären, daß eine Entscheidung in ihrem Sinne Oesterreich, und vielleicht auch Bayern, und vielleicht noch einige weitere Staaten von Deutschland ausschließen würde, und da mir ein solcher Ausgang an sich nicht eben wie die deutsche Einheit aussieht, so will ich wenigstens klar sehen, was Preußen der deutschen Einheit zu bieten hat, ehe ich eine so verhängnisvolle Wahl eingehe. Zu diesem Zwecke aber kann ich vernünftiger Weise nicht bloße Voraussetzungen oder halbe Versicherungen, sondern nur etwas Ganzes und Zuverlässiges brauchen, und so denken noch Viele in der Pauls-firche. So wie die Sache jetzt steht, liegt der Fall jener Wahl noch gar nicht vor; ehe man ein so gewagtes Spiel annimmt, muß man erst den Einsatz kennen.

Darum, ich wiederhole es, lasse man vor allen Dingen den „Grundsatz“ der Nichtvereinbarung fallen, der thatsächlich schon längst vernichtet ist, und dessen Schattenbild uns in einem unbekanntem und unfruchtbarem Kreise herumtreibt. Dann wird die Reichsversammlung Vorschläge zu empfangen haben, anstatt ihre Anerbietungen auf gut Glück haustren zu tragen; dann möge sowohl Oesterreich als Preußen seine ganze Meinung, sein letztes Wort aussprechen, und das letzte Wort der Reichsversammlung darauf folgen. Wer dem deutschen Interesse das Meiste zu gewahren vermag, dem gehöre der Preis. Dies wird eine deutsche Politik seyn. Was Preußen und Oesterreich alle beide nicht wollen, Das werden wir ohnehin nicht durchsetzen; müssen wir aber in der That wählen zwischen Beiden, so geschehe es mit Kenntniß der Bedingungen vor der Wahl. Ohne eine solche Kenntniß wird die Beratung sich in ein Labyrinth verlieren, und die Reichsversammlung Gefahr laufen, daß ihr Anerbieten, so oder so, durch eine Ablehnung beschämt werde, und ihr Beschluß am Ende ein Beschluß in den Wind seyn möchte, — wie manche der bisherigen.

Adresse des vaterländischen Vereins zu Eppingen.

Hohe verfassunggebende Reichsversammlung!

Das deutsche Volk hat im Jahr 1848, einem Maitag seines Lebens, in den Grundrechten die Schutzburg seiner innern Freiheit mit Gut und Blut erobert. Aber noch ein weit höheres, kostbareres Kleinod, ohne dessen Besitz eine große Nation niemals noch bestanden hat und niemals bestehen kann, — die äußere Freiheit, die staatliche Einheit, das Bewußtseyn der Nationalität muß noch erungen werden. Mit Stolz und Freude erfüllt es jeden Patrioten, daß in den höchsten wie in den niedersten Schichten der Gesellschaft, trotz den mancherlei Hindernissen von oben und unten, das Gefühl der Nothwendigkeit zur Umgestaltung der gegenwärtigen politischen Staatsverhältnisse Deutschlands, in so kurzer Zeit, fast auf eine bewunderungswürdige Weise sich ausgebildet hat und tagtäglich mehr sich ausbildet. Liegt aber einmal ein Lebenskeim im Schooße des Volkes, so vermag es keine Macht der Erde mehr, sein Aufgehen lange zu verhindern. So hegen wir denn auch die zuversichtlichste Hoffnung, daß an die Stelle des schwachen Staatenbundes der starke Bundesstaat, das einzige Mittel, wodurch die einzelnen jetzt noch losen Glieder von Deutschland zu einem großmächtigen Ganzen zusammenwachsen können, treten werde. Wir bauen dabei fest auf die hohe Nationalversammlung, es werde dieselbe, eingedenk ihres Ursprunges im Schooße des freithätigen, machtvollkommenen Volkes, das junge, aber lebensfähige Prinzip seiner Herrlichkeit wahren, alle reaktionären, völkischen und einheitsfeindlichen Einflüsse über Vereinbarung mit den Fürstenthümern der Einzelstaaten entschieden zurückweisen, und aus ihrer Mitte allein, kraft eigener Machtvollkommenheit, das so lang und sehnlich erwartete Verfassungswerk hervorgehen lassen.

Nachdem die sogenannte republikanische Spitze, die man ihm geben wollte, aus dem Grunde, weil sie weder in dem Charakter noch der Geschichte deutscher Nation eine

gesunde Wurzel finden konnte, bereits abgebrochen ist, so handelt es sich jetzt nur noch darum, wie das monarchische Haupt des neu zu schaffenden Staatskörpers gestaltet sein soll.

Diese Frage ist eine so unerlässlich wichtige Lebensfrage für unser Vaterland, wie sie wohl kaum je in solcher Dringlichkeit vorlag. Ihre Lösung wird sein Schicksal auf Jahrhunderte hinaus im voraus bestimmen. Es hängt, so glauben wir, davon ab, ob wir für die Zukunft wieder eine gebietende Macht Europa's bilden, oder aber, in kleine Einzelstaaten zerfallen, ohnmächtig bleiben und einem unserer Erbfeinde im Westen und Nordosten zur Beute werden sollen; ob unsere Flotten, wie zur Zeit der alten Hanse, allmächtig die Weltmeere wieder bedecken werden, oder der Gewerbefleiß, der Erfindungsgeist, und die ausdauernde Arbeitsamkeit unserer Mitbürger dem stolzen, minderbegabten, und thätigen Fremdlinge unterthan und zollpflichtig bleiben will; ob der deutsche Geist, wie er es Jahrtausende lang unverkennbar gethan hat, den beiden andern Hauptstämmen des Welttheiles Gesetze geben, oder von ihnen solche annehmen und niedergedrückt werden soll. Deswegen ist es jedes deutschen Bürgers, vornehmlich aber der Vereine vaterlandsliebender Männer heiligste Pflicht, in diesem Augenblicke, wo der deutsche Genius mit zitterndem Finger auf die zweite Lesung des Reichs-Grundgesetzes hindeutet, an der großen Frage, so viel an ihnen ist, sich zu betheiligen, damit die hohe Reichsversammlung den Gesamtwillen des deutschen Volkes richtig zu erfassen vermöge.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, erklärt der vaterländische Verein zu Eppingen im Großherzogthum Baden, auf den Grund der beiden Verathungen in den Versammlungen vom 4. und 8. l. M. sich dahin, daß er nur in der Erbllichkeit des monarchischen Oberhauptes das Heil von Deutschland zu erblicken vermag.

Die Geschichte der Staaten und Völker thut unwiderlegbar dar, daß in der Wahlregierung, sie mag da organisch gegliedert seyn, wie sie nur immer will, eine angeborne Schwäche liegt, — eine Schwäche, welche in der sinnlichen Natur des Menschen selbst, in dem vererblichen Spiele des Begehungsvermögens mit seinen tausenderlei Springsfedern, in der Selbstsucht, die uns beherrscht, fest und unverwundbar wurzelt. Naht die Zeit der Wahl heran, so werden alle Leidenschaften, die guten wie die bösen, losgelassen, politischer und kirchlicher Fanatismus aufs Höchste gespannt, alle Sonderinteressen der Stämme und Dynastien in Bewegung gesetzt werden, allein zu dem eigensüchtigen Zweck, einer bestimmten Wahl sich zu bemächtigen. Eine Wahl, bei solcher Verfassung des Geistes und Gemüths entstanden, kann niemals der echte Abdruck des Nationalwillens seyn. Der prüfende Verstand, die Liebe zum Vaterland, die Begeisterung für seine Größe, Stärke, und Selbständigkeit bleiben augenblicklich unterdrückt. Den schlagendsten Beweis hierfür hat Frankreich vor ein paar Monaten in seiner Präsidentenwahl, welche der gebildeten und denkenden Welt wie ein Räthsel vorkam, geliefert, indem da ein Mann, der weder durch den Adel seines Geistes, noch durch die Tüchtigkeit der Gesinnung oder den Glanz der That, sondern lediglich durch die abenteuerlichen Griffe nach einer Krone früher ihr bekannt war, aus der Wahlurne hervorgegangen und an die Spitze der Republik gestellt worden ist.

Volen ging in Folge des Wahlrechts zu Grunde. Selbst Deutschland hat das Prinzip desselben unter den Ursachen seines Falles und seiner schmählichen Erniedrigung mit aufzählen.

Wir wollen also kein wählbares, sondern ein erbliches Oberhaupt.

Wir haben dann die weitere Ueberzeugung, daß diese Würde nur dem Hause Hohenzollern, und nicht seinem Nebenbuhler, dem Hause Habsburg-Lothringen, im wahren Interesse des Gesamtvaterlandes übertragen werden könne.

Das preussische Königshaus, mit seiner reichen Waffenhalle und seinen tapfern Heeren, kann zu einer der Einheit, Freiheit, und Nationalität Deutschlands entgegenlaufenden Politik seinen Arm niemals leihen, ohne zugleich mit kalter Hand ins Herz seiner alten Stammvölker selbst zu greifen und an den Stammbaum der eigenen Dynastie die fallende Art zu legen — ; der Schwerpunkt der österreichischen Monarchie fällt dagegen nicht in die germanischen Gauen, sondern auf die Gränzmarken des alten Pannoniens und Daciens. Preußens Land und Volk, Sprache und Sitte sind und waren von je her deutsch; — Oesterreich dagegen ist von den sprachlich und genetisch verschiedenartigsten Ländern und Völkern, von den widersprechendsten nationalen Elementen zusammengesetzt, so daß sie nie und nimmermehr einen gesunden, kraftvollen Körper bilden werden, der den Stürmen der Zeit und des Unglücks Trotz bietet. Oesterreich war seit der Schöpfung des unglückseligen Deutschen Bundes fast ganz allein der Hemmschuh an der Entwicklung der politischen Freiheit Deutschlands, und es steht zu besorgen, daß es diese traurige und unrühmliche Rolle fürberhin fortzuspielen genöthigt seyn werde, indem das Auge vieler seiner Völkerschaften, welches bisher nur an Schatten und Finsterniß gewohnt war, das Sonnenlicht der Freiheit, welches in den Grundrechten über Deutschland endlich aufgegangen ist, noch nicht ertragen können wird.

Noch eine Menge von Gründen, geschöpft aus der Geschichte, Lage, und Zusammensetzung dieses Oesterreichs könnte für unsere Meinung geltend gemacht werden. Es bedarf aber der Ausführung derselben jetzt nicht mehr, nachdem die Dimäyer Note unumwunden und frei heraus erklärt hat, daß Oesterreich in den beabsichtigten „Einheitsstaat“, wie sie sich unredlich ausdrückt, das ist, in den deutschen Bundesstaat, nie eintreten wolle, nie eintreten könne; wogegen die preussische Note eben so entschieden für den Bundesstaat und gegen den Staatenbund stimmt. So wurde durch sein eigenes Weltgeschick Oesterreich von uns

gerissen und Preußen der deutschen Krone am nächsten gebracht, — Habsburg uns in seiner gegenwärtigen Richtung unmöglich, Jollern unentbehrlich.

Wir müssen nun, wenn auch mit blutendem Herzen, einen blühenden Ast des alten deutschen Stammes, zur Kräftigung des Hauptstammes, vom festeren Wuchse zeitlich sich loslösen lassen. Allein der süße Trost und die schöne Hoffnung bleibt uns doch immer noch, daß Deutsch-Oesterreich stets im engsten völkerrechtlichen Verband mit dem deutschen Bundesstaat bleiben, und früher oder später, von der slavischen Uebermacht im Osten gegen den Westen gedrückt, in den Familienkreis seiner Bruderstämme, welche zu seiner Aufnahme die Arme stets ausgebreitet halten, zurückkehren wird.

Der vaterländische Verein zu Eppingen drückt nun seinen heftigsten Wunsch dahin aus:

Es möchte zum Heil und Segen des Vaterlandes die Würde eines „Kaisers der Deutschen“ für erblich erklärt und als solche dem Hause Hohenzollern übertragen werden.

Eppingen, den 25. Hornung 1849.

Namens des vaterländischen Vereins

Der Vorsitzende: Der Schriftführer:
Dr. Wilhelm. Nippmann.

Deutschland.

* **Karlruhe**, 17. März. Personenfrequenz und Gesamteinnahme auf der großb. badischen Eisenbahn im Monat Januar 1849: Zahl der beförderten Personen 127,812. Gewicht der beförderten Güter 111,421 Ztr. 37 Pfd. Einnahme an Personentaxen 50,659 fl. 55 kr., an unterwegs erhobenen Fahrtaxen 241 fl. 7 kr., an Gepäcktransport-Taxen 2243 fl. 17 kr., an Garantietaxen — kr., an Lagergebühren 15 fl. 15 kr., an Equipagentransport-Taxen 229 fl. 29 kr., an Viehtransport-Taxen 674 fl. 59 kr., an Gärtransport-Taxen 37,084 fl. 18 kr.; Summe aller Einnahmen 91,148 fl. 20 kr.

† **Kastatt**, 15. März. Auf dem heute dahier stattgehabten Fruchtmarkt wurde zu nachstehenden Durchschnittspreisen verkauft: Das Malter Kernen 10 fl. 18 kr.; Weizen 10 fl. 17 kr.; Korn 6 fl. 3 kr.; Gerste 5 fl. 9 kr.; Gemischte Frucht — fl. — kr.; Welschkorn 5 fl. 31 kr.; Haber 3 fl. 16 kr.

† **Rheinbischhoffheim**, 12. März. In Folge der Anforderung des „provisorischen Landesausschusses der Volksvereine in Baden“ an sämtliche Wahlbezirke, ihre Abgeordneten sofort aus der Kammer abzurufen, beschloß man hierorts sofort, an den Abgeordneten des 22. Kammerwahlbezirks in einer Adresse die feierliche Aufforderung zu richten, das in ihm gesetzte Vertrauen dadurch zu rechtfertigen, daß er auf dem ihm anvertrauten Posten verbleibe, bis die Arbeiten des gegenwärtigen Landtags beendigt sind.

Man hat es bei dieser Adresse geflissentlich vermieden, auf die prinzipielle Frage sich einzulassen, ob Wähler oder Wahlbezirke überhaupt das Recht haben, den gewählten Abgeordneten vor dem Erlöschen seines Mandats abzurufen; das Recht aber haben sie unstreitig, daß sie dem Abgeordneten zurufen: „Du bleibst auf deinem Posten, auf welchen unser Vertrauen dich gestellt hat.“ Und von diesem Rechte macht die Adresse zweidienlichen Gebrauch.

Es möge erlaubt seyn, ein paar Stellen aus derselben anzuführen: „Nachdem“, heißt es unter Anderm, „die Sturmpetitionen um Auflösung der Kammer durch den Beschluß derselben vom 10. v. M. ihren Zweck nicht erreicht haben, versucht man es jetzt auf andere Weise. Jetzt gilt es, die einzelnen Abgeordneten, denen man wenig oder gar keinen Muth zutraut, so lange zu bedrängen und einzuschüchtern, bis sie, des Drängens müde, davonlaufen und somit die Kammer, wenn durch dieses Manöver die Zahl ihrer Mitglieder unter 35 herabfällt, beschlußunfähig werden soll und sich somit von selbst auflösen muß.“

Eine andere Stelle lautet: „Wir hatten zuversichtlich erwartet, daß sämtliche 43 Mitglieder, welche zu dem Beschluß vom 10. Februar, dem alle wahren Freunde des Vaterlandes freudig beistimmen, mitgewirkt haben, nun auch ausharren würden, bis die nothwendigsten Arbeiten der jetzigen und die eben so nöthigen Vorbereitungen für eine neu einzuberufende Versammlung vollendet seyn würden. Wir haben uns darin leider arg getäuscht sehen müssen. Schon hat sich der Eine und der Andere, sey es aus natürlicher Jaghaftigkeit oder Feigheit, für einen unter ihrer Mitwirkung gefaßten Beschluß auch, wie es Männern geziemt, einzusetzen, aus der Kammer entfernt.“

Der Minister der Zukunft, Hr. Advokat Brentano zu Mannheim, welcher an der Spitze des „provisorischen Ausschusses der Volksvereine“ steht und von welchem unser Baden schon vorläufig eine Probe seines gebornen Herrschertalents in seiner Aufforderung vom 6. d. M. zu erblicken gewürdigt wird, hat bei seinem Aufruf sicherlich nicht daran gedacht, daß er damit auch seine Gegner — und ihrer ist eine große Zahl und sie mehrten sich mit jedem Tage — aufruft. Die schmähliche Niederlage, die er sich am 10. Februar selbst bereitet hat, und die das ganze Truggewebe seiner Herrscherelüste in einer unbarmerzigen Naivität zur Schau stellte, hat selbst manche seiner Gesinnungsgenossen an ihm irre gemacht und von ihm entfernt; was Wunder also, wenn Andere, die es nie gewesen sind, ihm mit seinem ganzen Anhang nun offenen Krieg ankündigen! Die Hände in den Schooß legen und all dem anarchischen Getreibe der sogenannten Volkspartei müßig zuschauen, Das geht nun und nimmermehr. Darum, wer ein Mann ist, der trete hervor auf den Kampfplatz!

Freiburg, 16. März. (N. Fr. Z.) Heute Morgen ist die Verstärkung der hiesigen Garnison durch württembergische Truppen, von der in einer früheren Nummer dieses Blattes die Rede war, hier eingetroffen: nämlich ein Ba-

taillon Infanterie, eine Schwadron Reiterei, und eine halbe Batterie reitende Artillerie zu vier Kanonen. Die hiesige Besatzung besteht nun aus drei Bataillonen Infanterie, anderthalb Schwadronen Reiterei, und aus Artillerie mit 8 Kanonen. Dazu kommen noch gegen 500 Rekruten, die größtentheils schon eingeebnet sind. Auch die nächste Umgebung ist mit Truppen besetzt.

§ Aus dem Hegau, 10. März. Obwohl sonst alle Dichter den Preis des Maies, des Bonnemonts, gesungen haben, so hielt ich es doch bisher mit Dem, der allein in diesem ganzen Chorus den Hornung, den sonst so verrufenen Hornung lobte:

Von allen Monaten im Jahr
Geht das Kränzlein dem Februar.

Das war ja der Monat des Humors, wo man Wetter und Wind, dem Schnee, dem Dreck, und allen übrigen Elementen zum Trost fidel war, und Polizei und Polizeistaat vergaß. Unser Hegau war in dieser Beziehung ein wahres Musterländchen; ich darf ja nur Stodach nennen, das vor mehr als 500 Jahren den berühmtesten „Rarren“ seiner Zeit, Kuni von Stodach, hervorbrachte, und dadurch ein Privilegium erwarb, das bis in die neueste Zeit behauptet und geübt wurde. Wir Hegauer schickten sonst jedes Jahr nach Konstanz hinauf unser Kontingent, wo man bekanntlich das Leben genießt, wie sonst nirgends am Bodensee, und mancher Ein- und Umwohner von Konstanz hat an der trüben Fastnacht dieses Jahrs gewiß mit Wehmuth an den trefflichen Beisele gedacht, den wir vor zwei Jahren auf die Schaubühne lieferten: der Gute zeigt sich bei uns gar nicht mehr, — es muß ihm bei uns sehr schlecht gefallen.

Es ist in der That alle Lebensfrische, der gesunde, heitere Lebensmuth verschwunden; es gährt nicht, wie der junge Wein gährt, wenn er Geist und Klarheit gewinnen will; es ist die faule Gährung, die nur den Raben und Geiern willkommenere Witterung ist. Spektakel hatten wir die Fastnacht hinlänglich (die Seebätter berichteten sie mit Vergnügen), aber heitere Gesichter suchte ich vergebens; der Reichthum hat sich in Ueberlichkeit, der Scherz in Bosheit verwandelt, und diese Gesichter geben einen unheimlichen Abglanz, während der ernste, rechtschaffene Bürger über den sittlichen und ökonomischen Verfall trauert. Das tolle Leben dauert aus dem Februar in den März herüber, denn alle Augenblicke ist da eine Zusammenkunft, dort ein demokratischer Verein oder eine sogenannte Volksversammlung, und wenn auch da nicht gerade jedesmal spektakulär wird, so wird doch Geld genug verpuszt und der Samen ausgestreut, der dann aufgeht, wie z. B. in Altsbach, wo die Dräpelpolizei nun zum zweiten Male angegriffen wurde.

Doch gibt es auch bei uns noch für die demokratischen Samenkörner ein Feldgrund, wo sie nicht aufgehen können, was dann jedesmal einen demokratischen Konflikt einbringt. So kamen sie vorige Woche von Konstanz herab die H. H. Klubisten vom Volksverein, um in Radolfzell zu tagen; aber es gab eine sehr armselige Versammlung, denn die Bürgerschaft wollte nicht bei dem Ding seyn. Ein Pfälzer ist Schriftführer des Vereins, ein kräftig aussehender Mann; mich erinnerte er aber augenblicklich an das Konstanzener Pfälzer, das Jedem, und wenn er auch recht leichtsinnig ist, aufrichtige, tiefgefühlte Seufzer erpreßt; — o dieses Konstanzener Pfälzer! Ein anderer Würdeträger des Vereins ist ein Tanzmeister aus Preußen (so bezeichnet ihn wenigstens der Hr. Posthalter, und dem darf man fast glauben); ein Tanzmeister lehrt die Konstanzener demokratisch tanzen! Nun, wer gern tanzt, dem ist bald gepfiffen, und auf die Pfiffe muß sich der Bürger Tanzmeister wohl verstehen.

Vorgestern wollte man es in Engen probiren, aber — wer traut noch seinen Augen und Ohren? — die Mehrheit der Bürgerschaft bedankte sich für die Ehre ganz in der Manier, wie die Kirchzartener!

Der 5. März hingegen war um so ruhmvoller; die Helben des Freischarenzugs feierten an Heder's Namenstage das Andenken an ihren Siegeslauf und die Ehrentitel, die Heder ihnen gegeben hat und noch gibt. Auf der Wellenburg brannte ein tüchtiges Feuer, und in Wahlwies, Steißlingen, und Stodach ging es hoch her; besonders ließ sich die souveräne Jugend männlichen Geschlechts unter 14 Jahren auf den Gassen tüchtig hören, während die Alten sich mehr mit dem Glase unterhielten.

Glücklicher Heder, du lebst auf diese Weise noch im Andenken, zum Vortheile der Wirthe und zum Verderben der Waldungen, während nach deinem Statthalter kein Hahn mehr kräht! Kein Mensch dachte an Petri Stuhlfeier, an die Statthalterchaft; selbst der Abschiedsbrief will gar nicht einschlagen. So viel thun und dulden, und nicht einmal populär werden! Ja, glänzendster aller Unsterne, das Bildniß des Statthalters ist affakur so gut ausgefallen, als die Statthalterchaft. Vival sequens!

München, 13. März. (Augsb. Post.) Der österreichische Hof, der seit der Abreise des Grafen Pilsach hier nur durch einen Geschäftsträger vertreten war, hat in der Person des Grafen Thun-Hohenheim wieder einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister hieher gesendet. Der in unserer Ministerkrisis mehrfach genannte bisherige sächsische Minister v. d. Pfordten befindet sich seit gestern hier. Ein hiesiges Blatt besignirt ihn zum Minister des Aeußern.

München, 15. März. (Allg. Z.) In Folge eines Gestern aus dem Staatsministerium des Kriegs ergangenen Befehls haben folgende Truppentheile des bayrischen Heeres sich theils nach den sächsischen Herzogthümern, theils nach Schleswig-Holstein marschfertig zu halten: 8 Bataillone Infanterie (je eines vom 2., 3., 4., 5., 7., 8., 13., und 15. Infanterieregiment), das 2. Jägerbataillon (zur Zeit in Frankfurt), 6 Schwadronen vom 5. Chevaurlegers-Regiment, 4 Schwadronen vom 6. Chevaurlegers-Regiment, die Batterie Stieglitz und die Batterie Fehninger, beide nach Schleswig

halbe
hiesige
e, an-
mit 8
n, die
Umge-

bestimmt, unter dem Kommando des Majors Rippertinger,
und die Batterie Weisenstein, die nach Altenburg geht.
Die nach den sächsischen Herzogthümern bestimmten Trup-
pen (außer der genannten Batterie noch drei der obigen
Bataillone) werden von Generalmajor Du-Roy befehlig-
t werden, und dieser unter dem Oberkommando des
Generalleutnants und Divisionärs Prinz Eduard von
Sachsen-Altenburg stehen. Das Kommando über die nach
Schleswig bestimmten bayrischen Truppen soll Generalmajor
Schmalz erhalten.

Frankfurt, 15. März. (D. P. A. 3.) Der Ausschuss
der sächsischen Zweiten Kammer wird der Volksvertretung
vorschlagen, den Matrifularbeitrag des Königreichs Sachsen
für die Gründung einer deutschen Kriegsflotte nicht zu be-
willigen. Die sächsische Regierung hat die Mittel bereit,
hält sich aber nicht für befugt, dieselben an die Reichskasse
zu bezahlen, ohne vorherige Zustimmung der Stände.

Bekanntlich ist diese Umlage von der Nationalversamm-
lung mit Zustimmung der Mitglieder aus Sachsen am 14.
Juni v. J. beschlossen, und am 10. Oktober von dem Reichs-
verweiser ausgesprochen worden. Nachdem die Regierung
aus Gründen, welche der Reichsfinanzminister unlängst
mitgetheilt, die Einzahlung ihres Beitrags 5 Monate lang
verzögert, wird sie jetzt durch Volksvertreter verhindert,
ihre Pflicht gegen die Gesamtheit zu erfüllen. Während
diese die Mittel zur Gründung einer deutschen Flotte ver-
weigern, und in der Kammer verlangt wird, die nach
Schleswig ausgebotenen sächsischen Reichstruppen nicht
marschieren zu lassen, stellt ein sächsischer Abgeordneter zur
Reichsversammlung in dem 7. Sondergutachten zu dem An-
trag des Abg. Welcker auf ungesäumte Annahme der Ver-
fassung das Vergehren — ein Reichsheer gegen Oesterreich
aufzustellen!

Das sächsische Volk wird durch sein Urtheil über das Ver-
fahren seiner jetzigen Vertreter zeigen, daß es eine vater-
ländische Gesinnung bewahrt, daß es kein Bundesgenosse
der Feinde Deutschlands seyn will; es hat Ursache, sich
einer Vertretung zu schämen, in welcher Stimmen laut
werden, die in Kopenhagen eher als in Dresden am Plage
wären.

W Mainz, 16. März. Durchschnittspreise der in Mainz
vom 10. bis zum 16. März verkauften Früchte: — Weis-
mehl, per Mtr. zu 140 Pfd., 8 fl. — fr. — Roggen-
mehl, per Mtr. zu 140 Pfd., 5 fl. 45 fr. — 370 Säcke
zu 200 Pfd. Weizen, 8 fl. 51 fr. — 112 Säcke Korn 5 fl.
47 fr. — 65 Säcke Gerste, 5 fl. 27 fr. — 78 Säcke
Haber, 5 fl. 48 fr. Hievon wurden in der Halle ver-
kauft: 326 Säcke Weizen, 8 fl. 53 fr. — 112 Säcke
Korn, 5 fl. 47 fr. — 62 Säcke Gerste, 5 fl. 28 fr. — 78
Säcke Haber, 5 fl. 48 fr. Außerhalb derselben: 44 Säcke
Weizen, 8 fl. 33 fr. — 3 Säcke Gerste, 5 fl. 10 fr.

Gotha, 13. März. (Vamb. 3.) Nach Briefen aus Jena
ist es dort am 11. beim Einrücken der russischen Truppen
zu Reibungen gekommen, bei denen 5 Personen schwer ver-
wundet wurden.

Berlin, 14. März. (A. 3. R.) Die vielbesprochene An-
gelegenheit einer Feier des 18. März hat nunmehr ihr vor-
läufiges Ende erreicht. Auf Grund der Bekanntmachung
des Generals Wrangel und der mit Bezug auf dieselbe ab-
gelehnt ausgefallenen Erklärung der städtischen Behörde hat
das Festkomitee gestern Abend den Beschluß gefaßt, ein-
seitigen von einer Feier des 18. März Abstand zu nehmen
und dieselbe bis nach der Aufhebung des Belagerungs-
zustandes zu verschieben. Es wird nunmehr lediglich eine offi-
zielle Feier stattfinden, welche in einem kirchlichen Dankgebet
für die dem Lande an diesem Tage gewährte neue Entwid-
lung bestehen soll.

Berlin, 14. März. Der Adressentwurf der Zweiten
Kammer hat die Presse verlassen. Wie jener der Ersten
Kammer schließt er sich eng an die Thronrede an, und sieht
in der Verfassung vom 5. Dez. v. J. das „nunmehr gülti-
ge Grundgesetz des preussischen Staates.“ Ueber die
deutsche Frage äußert er sich folgendermaßen:

Erfüllt von dem lebhaften Wunsch einer innigeren Vereinigung der
deutschen Staaten, sind wir dem Bestreben Ev. f. Maj. Regierung,
das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen,
mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hiezu nöthigen
Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche
Bedingung der Stärke Deutschlands seyn wird.

Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regie-
rungen mit der deutschen Nationalversammlung zu einem erwünschten
Ziele führen werde.

Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigen-
thümliche Zusammensetzung ihres Gebietes oder aus andern Gründen
sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird
es, wie wir zuversichtlich erwarten, Ev. f. Maj. Regierung dennoch gelin-
gen, unbeschadet fortdauernder Bundesgemeinschaft aller deutschen
Staaten die Bildung des engeren Bundesstaates innerhalb derselben zu
erreichen.

Hinsichtlich der dänischen Frage heißt es:

Wir wünschen aufrichtig, daß die Auffündigung des Waffenstillstandes
Seitens der Krone Dänemark keine Störung des Friedens herbeiführe.
Sollte jener Wunsch aber wider Verhoffen nicht in Erfüllung
gehen, so werden wir, wo es die Ehre Deutschlands und Preußens gilt,
Ev. f. Maj. Regierung in deren Wahrung auf das kräftigste zu unter-
stützen bereit seyn.

Köln, 15. März. (Köln. 3.) Es liegen zwei Aktenstücke
vor uns, aus denen erhellt, daß der Unversand der Büro-
kratie an zwei Stellen unseres Staates die Zensur
wieder eingeführt hat. Es heißt nämlich im „Rosen-
berg-Kreuzburger Telegraphen“ vom 7. März:

Die verehrten Leser unseres Blattes erlauben wir, die verspätete
Ausgabe dieser Nummer und deren Unvollständigkeit nicht uns zur Last
zu legen, sondern berücksichtigen zu wollen, daß wir uns noch immer
im Belagerungszustande befinden, und der „Telegraph“ — welcher in
der letzten Zeit von dem zum Abgeordneten für die Zweite Kammer er-

wählten hiesigen f. Landrath Hr. Saß zensurirt worden — nach dessen
Abreise nach Berlin nun unter direkter Militärzensur gestellt worden ist.

Die Redaktion.

Die Erfurter Behörden sind sogar noch weiter geggan-
gen, und haben die Einfuhr anderer Blätter unter polizei-
liche Kontrolle gestellt! In dem „Erfurter Adressblatt“
vom 7. Februar heißt es nämlich:

Auf Anordnung der f. hochl. Kommandantur hier wird das hiesige
Publikum bei „angemessener Polizeistraf“ und bei „sofortiger Verhaf-
tung“ verwahrt, auswärtige gedruckte Schriften, welche die Maßregeln
der Regierung verdächtigen oder gar in gehässiger Opposition angreifen
und auf diese Weise dahin wirken, die Gemüther der Einwohnerschaft
der bestehenden konstitutionellen Regierung zu entfremden, oder auch
geeignet sind, Erbitterung gegen gewisse Einwohnerklassen und dadurch
Aufregung und Unfrieden in hiesiger Stadt hervorzurufen, hier zu ver-
breiten oder zu affizieren.

Erfurt, 5. Februar 1849. Der Magistrat. Polizeiverwaltung.
Wenn man solche Dokumente durchliest, so weiß man
kaum, ob man sich über eine so grobe Rechtsverletzung mehr
entrüsten, oder über den ihr zu Grunde liegenden Unver-
stand mehr erstaunen soll!

Wien, 13. März. (Allg. 3.) Fürst Windisch-Gräß hat
den unmittelbaren Befehl über das Armeekorps an der obern
Theiß dem Feldmarschall-Leutnant Schlick übergeben, über
jenes an der untern Theiß aber dem Banus; Beide haben
bereits die Offensive ergriffen, jener gegen Debreczin, dieser
über Szolnok hinaus. Der Banus hat den so sehr bebräng-
ten Siebenbürgern, die ihn mit einer Deputation beschieden,
baldigste Hilfe zugesagt.

Wien, 13. März. Rudlich (nicht Löhrer, der längst
mit einem Reisepaß versehen war) wird nebst Violand und
Fischer steckbrieflich verfolgt; Letzterer ist dem Bernehmen
nach bei den preussischen Behörden reklamirt und von den-
selben ausgeliefert worden.

Aus Preßburg wird gegen jeden neuen Versuch der Ma-
gyarisirung dieser Stadt durch amtliche Einföhrung der Ma-
gyarischen Sprache (statt der deutschen) Verwahrung einge-
legt. Die deutschen Preßburger scheinen demnach keines-
wegs der Ansicht jener deutschen Behörden zu seyn, welche
den Fanatismus Kossuth's gegen die Deutschen für ein deut-
sches Interesse, den Wiener Oktoberaufstand zu Gunsten der
Magyaren für deutschen Patriotismus, und demnach folge-
richtig Robert Blum für den Märtyrer einer deutschen
Sache ansahen.

Italien.

(Eidg. 3.) Wie es scheint, ist es nicht nur mit der testi-
nischen, sondern überhaupt mit der italienischen Aufopfe-
rungsfähigkeit nicht weit her. Von allen italienischen Städ-
ten ist für Venedig bloß die Summe von 76,570 Lire ge-
steuert worden, wobei noch die Hälfte derselben auf Lps-
kana fällt. Ein italienisches Blatt macht dazu folgende auf-
richtige Bemerkung: „Diese armelige Ziffer ist eine Schande
für die Italiener der iberischen Halbinsel; indem sie Venedig,
die einzige Zitadelle der italienischen Unabhängigkeit, sich
selbst überlassen, zeichnen sie ihre Sünne mit einem Brand-
mal, welches schwer auszulöschen seyn wird. Der Oester-
reicher wird schmunzeln, wenn er jene Ziffer liest, und die
übrigen Völker werden uns mit Recht ausspotten, die wir
schreiten, wir wären bereit, Gut und Blut zu opfern für die
nationale Sache, und nicht fähig sind, freiwillig ein geringes
Opfer zu bringen, wenn wir nicht mit Gewalt oder durch
die Schande dazu gezwungen werden.“

Neapel, 1. März. (Gazz. Piemont.) Am 26. Februar
begaben sich die Gesandten Englands und Frankreichs,
Tempie und v. Rayneval, so wie die Admirale Sir W.
Parker und Taubin zu dem König nach Gaeta, um das
wirkliche Ultimatum über die sizilische Frage festzusetzen:
würden die Sizilianer die angebotenen Bedingungen abwei-
sen, so wollen die zwei vermittelnden Mächte sich zurück-
ziehen und dem König von Neapel freie Hand lassen. Die
Hauptartikel dieses Ultimatus sind nun: Ferdinand II.
König beider Sizilien; allgemeine Amnestie, mit alleiniger
Ausnahme von 30 revolutionären Hauptlingen, die mit
Pässen versehen werden sollen; die Verfassung von 1812 mit
einigen Aenderungen; eine einzige Armee mit dem sizilischen
Kontingent; sizilisches Parlament, Finanzen, Gemeinde-
wesen, Richterstand unabhängig; ein f. Prinz oder ein Si-
zilianer vom König zum Statthalter ernannt; die Mini-
strieren des f. Hauses, der auswärtigen Angelegenheiten, des
Kriegs, und der Marine vom König abhängig; Zahlung
von vier Millionen rückständiger Steuern und einer Million
als Kriegsteuer. (Wie man hört, haben die Sizilianer diese
Bedingungen verworfen.)

Frankreich.

Paris, 15. März. Der verantwortliche Herausgeber
des „Peuple“ und Ludwig Mesnard, der Verfasser eines
Feuilletonartikels in jenem Blatte, der unter dem Titel:
„das Vorpiel einer Revolution“ die Juniereignisse schil-
derte, sind von dem Hofen Hof der Seine wegen Aufreizung
zur Verachtung der Regierung der Republik und zu Haß
und Verachtung der Staatsbürger unter einander jeder zu
4 Jahren Gefängniß, 5000 Franken Geldbuße, und in die
Kosten der öffentlichen Bekanntmachung des Strafverurtheils
verurtheilt worden.

Es wird aus guter Quelle versichert, daß drei der Juni-
insurgenten, welche wegen des an General Brea verübten
Mordes zum Tode verurtheilt worden sind, auf dem Schaup-
platz der That selbst erschossen werden sollen. Die Regie-
rung, welche befürchtet, daß es dabei zu einer Aufhebung
kommen könnte, hat beschlossen, großartige Vorsichtsmaß-
regeln zu ergreifen.
Ich entnehme einem Privatbrief aus Bourges folgende
Mittheilung über die allgemeine Physiognomie des Prozes-
ses der Maiangeklagten: „Dieser Prozeß steht weniger einer
ernsten Gerichtsverhandlung, als einer gesellschaftlichen Un-
terhaltung ähnlich. Die Angeklagten treten mit großer Un-

genirtheit auf. Raspail und Blanqui, die sich zu Fürsprö-
chern ihrer Mitangeklagten aufgeworfen haben, ergreifen
mitten in der Verhandlung das Wort, ohne den Präsidenten
darum gebeten zu haben, der übrigens eine große Rücksicht
beweist. General Courtais rechnet mit Sicherheit auf seine
Freisprechung, und seine Familie scheint diese Ueberzeugung
zu theilen, wie die unbefangene Treue beweist, wo-
mit eine seiner Töchter, ein hübsches, schwarzäugiges Mäd-
chen, der letzten Sitzung beiwohnte. Die Richter und die
Geschwornen sind in sichtlichcr Verlegenheit, da fast alle
Zeugen, welche in dem Prozeß ausagen, näher oder ent-
fernter als Mitschuldige erscheinen. Keiner der Geschwor-
nen hat bis jetzt eine Ahnung davon, welches Urtheil er und
seine Kollegen fällen werden.“

Bermischte Nachrichten.

Als Muster eines italienischen Kriegsberichtes mag folgender Ar-
tikel des „Pensionero italiano“ dienen: „Man schreibt aus Mailand,
daß Nachrichten aus Wien vom 12. und 13. Februar zufolge in dieser
Hauptstadt Alles in größter Bestürzung war, weil Windisch-Gräß eine
gänzliche Niederlage erlitten hatte und tödtlich verwundet nach Schön-
brunn gebracht wurde. Aber was noch wichtiger ist, die Landwehr war
aufgehoben worden, sowohl um Wien gegen die Magyaren zu verthei-
digen, als auch das dortige Volk in Respekt zu halten. Allein man
hatte vergessen, daß auch die Landwehr Volk ist. Kaum war sie be-
waffnet, als sie gemeinschaftliche Sache mit dem Volk machte, und im
Augenblicke des Abgangs des Briefes aus Wien, der diese erschrecklichen
Nachrichten meldet, schlug sich Volk und Landwehr unter dem Ruf:
es lebe die Republik! gegen die Kaisertruppen in den Straßen der
Hauptstadt.“

Wenn die amerikanischen Zeitungen sagen, Kalifornien werde jäh-
rlisch für 100 Millionen Dollars oder 250 Millionen Gulden Gold liefern,
so haben wohl die Benichtigten einen Begriff davon, was Das sagen will.
Die Bedeutung dieser Produktion läßt sich erst ermessen, wenn man sie
mit der bisherigen Ausbeute der früher bekannten Goldminen vergleicht.
Eine annähernde statistische Berechnung ergibt nun folgende Resul-
tate: In dem gegenwärtigen Jahrhundert wurde durchschnittlich für
32,800,000, und zwar in den letzten acht Jahren, bei der erhöhten Er-
giebigkeit der russischen Minen, für 48,000,000 fl. Gold jährlich produ-
zirt. Dies macht in 48 Jahren 1704 Millionen. Die gesammte Gold-
ausbeute Amerikas in drei Jahrhunderten, 1500-1800, schätzt man auf
4300 Millionen Gulden. Gleichwohl hat die ungeheure Zunahme der
Goldproduktion im gegenwärtigen Jahrhundert auf den Werth dieses
Metalls keinen erheblichen Einfluß gehabt. In der That ist der Ver-
brauch desselben weit größer, als man gewöhnlich annimmt. Das Wert
von Jakob, eine der ersten Autoritäten, berechnet (im Jahr 1830) den
jährlichen Verbrauch in England allein für Berggoldungen, Schmuck-
sachen etc. auf 1,636,000 Pfd. St. oder 20,000,000 fl. In den letzten
18 Jahren mag er wohl auf 30 Millionen Gulden gestiegen seyn. Eng-
land hat außerdem über 30 Millionen Stück Sovereigns (300 Millionen
Gulden) in stetem Umlauf. Jetzt handelt es sich freilich von einer Zu-
nahme der Geldzufuhr in weit größeren Verhältnissen, als selbst nach der
Entdeckung der peruianischen und mexikanischen Minen: die größte Aus-
beute der letzten Jahre soll um das Fünffache gesteigert werden (denn
die 100 Millionen Dollars jährlich sind die maßigste Angabe der kalifor-
nischen Goldproduktion, während andere Berichte sogar von eben so
vielen Pfund Sterling sprechen), und wenn wir auch aus Erfahrung wissen,
daß der Werth des Goldes bei weitem nicht so rasch sinkt, als der Vor-
rath steigt (im 16. und 17. Jahrhundert hatte verzehnfachte Produktion
kaum Drittheilung des Werthes zur Folge), so ist doch bei einer so un-
geheuren Zunahme der edlen Metalle eine fühlbare Preisverminderung
derselben früher oder später weit wahrscheinlicher, als es kürzlich in meh-
reren öffentlichen Blättern hingestellt worden ist. Sobald man nicht
die ausschweifende Voraussetzung annimmt, daß mit der Produktion
auch der Verbrauch des Goldes sich verhältnißmäßig vergrößere, muß man ein-
räumen, daß dieses edle Metall demselben Naturgesetze folgen wird,
welches alle Preise der Dinge regelt.

Frankfurter Kurzettel. Staatspapiere.

| Frankfurt, 16. März. | | Prz. | Papier. | Geld. |
|----------------------|---------------------------------------|---------|---------|--------|
| Deisterreich. | Metallquasobligationen | 5 | 74 1/2 | 74 1/2 |
| " | " | 4 | 59 1/2 | 59 1/2 |
| " | " | 3 | 44 1/2 | 44 1/2 |
| " | Wiener Bankaktien | 1187 | 1183 | 1183 |
| " | fl. 500 Loose | 124 1/2 | 124 | 124 |
| " | fl. 250 Loose von 1839 | 75 1/2 | 75 | 75 |
| " | Bethmann'sche Obligationen | 4 | 63 1/2 | 63 1/2 |
| " | ditto | 4 1/2 | 73 | 72 |
| Preußen. | Preussische Staatsanleihe | 3 1/2 | 80 1/4 | 80 1/4 |
| " | 50 Tplr. Prämienanleihe | — | 98 3/4 | 98 3/4 |
| Baden. | Obligationen | 3 1/2 | 77 1/2 | 76 3/4 |
| " | 50 fl. Loose vom Jahr 1840 | 48 1/2 | — | — |
| " | 35 fl. Loose vom Jahr 1845 | 27 1/2 | — | — |
| Frankfurt. | Obligationen vom Jahr 1839 | 3 1/2 | 92 1/4 | 92 |
| " | ditto v. J. 1846 | 3 1/2 | 89 | 88 1/2 |
| " | ditto | 3 | 77 | 76 1/2 |
| " | Tausendaktien à 250 fl. ohne Div. | — | 288 | 286 |
| Kurzessen. | Partialloose à 40 Tplr. Preuß. | — | 27 1/2 | 27 1/4 |
| Bayern. | Bankaktien | 3 | — | 611 |
| " | Obligationen | 3 1/2 | — | 79 |
| Darmstadt. | Obligationen | 4 | 86 1/4 | — |
| " | ditto | 3 1/2 | 78 1/4 | 77 3/4 |
| " | Partialloose à fl. 50 | 70 | 69 1/2 | — |
| " | ditto à fl. 25 | 22 1/4 | — | 22 |
| Naßau. | Obligationen bei Rothschild | 3 1/2 | 81 | — |
| " | Partialloose à fl. 25 | 20 1/2 | 20 3/8 | — |
| Holland. | Integrale | 2 1/2 | 49 1/2 | 49 1/4 |
| Würtemb. | Obligat. d. Rothschild n. Erf. u. C. | 4 1/2 | 94 1/2 | 94 |
| " | ditto | 3 1/2 | 75 1/2 | 75 3/8 |
| Sardinien. | Partialloose à Fr. 36 b. Gebr. Bethm. | — | — | 29 1/4 |
| Spanien. | Span. Ardoins incl. 15 Coup. | 5 | — | — |
| " | ditto inländische | 3 | 22 1/2 | 22 3/4 |
| Polen. | fl. 300 Loose à 105 fr. pr. Compt. | — | — | 97 1/4 |
| " | Obligationen, à fl. 500 | 4 | 74 1/2 | 74 3/8 |
| Portugal. | Obligationen in l. St. à fl. 12 | 3 | — | — |

Frankfurt, 16. März. Nur in einigen Fonds u. Eisenbahn-Aktien
wurde heute Mehreres umgesetzt. 4 1/2 % Belg., poln. 500 fl. Loose,
bayr. Bankaktien, so wie Köln-Minden und Nordbahn waren mehr be-
gehrte. 3 % Spanier, österr. Loose, Aktien, Integrale, Verbacher und
Tausendbahn-Aktien blieben flauer. Alle übrigen Gattungen preis-
haltend.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Viehne.

